Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 12. Wahlperiode, 1987-1988

17.04.1989 - Drucksache 12/508

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/508
17. 04. 89

Antrag der Fraktion der SPD

Wende in der Umweltschutzpolitik durch die Einführung von Umweltsteuern und -abgaben

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß die bisherigen Instrumente der Umweltpolitik (z. B. Gebote, Verbote, Grenzwerte) nicht zum Erfolg geführt bzw. sich in ihrer Wirkung als sehr begrenzt gezeigt haben.

Durch einfache Verbots- und Gebotslösungen können schwerwiegende Umweltprobleme nicht oder nur unzureichend bewältigt werden. Trotzdem bleiben sie als zentrale Steuerungsmechanismen staatlicher Umweltpolitik unverzichtbar. Sie müssen allerdings verschärft werden.

2. Neben dem Ordnungsrecht ist deshalb wichtigstes wirtschaftliches Instrument im Umweltschutz die Festsetzung von Preisen für die Nutzung von Umweltressourcen. Dazu zählen aus der Sicht der Bürgerschaft (Landtag) Umweltsteuern und -abgaben, die eine Umstellung auf umweltverträglichere Produktionsstrukturen und -verfahren ökonomisch sinnvoll machen, sowie die klare Festlegung auf das Verursacherprinzip.

Höhere Steuer- und Abgabensätze auf umweltschädliche sowie niedrigere Sätze auf umweltfreundliche Produkte und Energieträger muß das Ziel dieser neuen Regelungen sein.

Diese zusätzlichen Einnahmen sollen, wie bei der Abwasserabgabe, zweckgebunden eingesetzt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine solche Wende in der Umweltpolitik einzusetzen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) hält es für unerläßlich, neben Gebots- und Verbotsregelungen sowie Steuern und Abgaben zusätzliche Elemente zur Vermeidung von Umweltschäden zu erwirken.

Sie spricht sich dafür aus, daß u. a.

— das Haftungsrecht verändert

— das Umweltstrafrecht verschärft

— die Beweislast umgekehrt

— die Umweltverträglichkeitsprüfung eingeführt

— die Produktion umweltgefährdender Stoffe verboten

wird und fordert den Senat auf, sich weiterhin auf Bundesebene dafür einzusetzen.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat bis Frühjahr 1990 einen Bericht, inwieweit auf Landes- und Gemeindeebene gesonderte Umweltsteuern und -abgaben eingeführt werden können und welche Steuerungsmöglichkeiten unter Umweltgesichtspunkten auch im Gebührenrecht möglich sind.

Töpfer, Barsuhn, Dittbrenner und Fraktion der SPD

Druck: Anker-Druck Bremen